



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/274 - 26.11.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

SONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 3 76 54-59
Fernschreiber 039 890

An Schicksalsfragen vorbeigeredet	S. 1
Hochwasser und Politik	S. 3
Rechteradikale Führertagung	S. 4
Nachrichten aus der Sowjetzone	S. 7

Gesamtplanung der Flüchtlingspolitik tut not

Von Wenzel Jaksch

Die Bundestagsdebatte über den Fehlschlag der Bundesumsiedlung hat neuerdings den Tatbestand enthüllt, daß Westdeutschland von Kräften regiert wird, die sich zu keiner ernsthaften Diagnose unseres Sozialzustandes aufschwingen können. Wie kann sich denn die CDU-Fraktion des Bundestages über den geringen Fortschritt der Flüchtlingsumsiedlung beschweren, solange die von ihr getragene Regierung nicht im Traum daran denkt, die Voraussetzungen einer gesunden Bevölkerungsverteilung zu schaffen? Eine halbwegs zufriedenstellende wirtschaftlich-soziale Eingliederung der Heimatvertriebenen - die 16 Prozent der westdeutschen Bevölkerung, aber 40 Prozent der Arbeitslosen stellen - wäre doch nur über eine Politik der Vollbeschäftigung möglich. Theorie und Praxis des Wirtschaftsliberalismus erfordern es hingegen, daß eine "industrielle Reservearmee" von Arbeitslosen in Bereitschaft bleibt, um über die Beschäftigten die ständige Drohung der Erwerbslosigkeit zu verhängen.

Es war daher mehr eine taktische Redensart, als Prof. Erhard anlässlich seiner Amerikareise angeboten hat, die eineinviertel Millionen Erwerbslosen der Bundesrepublik für das Wirtschaftspotential der westlichen Welt mobilisieren zu wollen. Jedwede effektive Bekämpfung dieser Arbeitslosigkeit würde eine Politik der Kapitalslenkung und der Wirtschaftsplanung, praktisch also eine andere Bundesregierung voraussetzen. Eine echte innere Umsiedlung müßte von der Erkenntnis ausgehen, daß es primär darum geht, arbeitslose Flüchtlinge in angemessene Beschäftigung zu bringen und in Verbindung

damit auch einen Ausgleich der Wohnlücke zu schaffen. Es hat aber auch keinen Sinn, Arbeitslose aus Schleswig-Holstein in Neubauwohnungen in Rheinland-Pfalz zu verpflanzen, die sie nicht bezahlen können, weil sie im Aufnahmeland weiterhin arbeitslos bleiben. Wirksam helfen könnte nur eine kombinierte Arbeits- und Wohnungsbeschaffung in den Aufnahmegebieten, die sich jedoch nicht auf den "Flüchtlingssektor" allein beschränken dürfte, sondern im Rahmen einer Neuordnung der gesamten Wirtschafts- und Sozialstruktur erfolgen müßte.

Alle diese Dinge sind bereits durch das umfassende Gutachten zur wirtschaftlich-sozialen Problematik Westdeutschland, bekannt als Sonne-Plan, weitgehend außer Diskussion gestellt worden. Unter der Federführung eines amerikanischen Privatbankiers ist in diesem Dokument an der Investitionspolitik sowie an der Steuerpolitik der Bundesregierung eine harte Kritik geübt worden, die in der Feststellung gipfelt: "In Deutschland besteht zwischen arm und reich ein zu großer Unterschied". Der Sonne-Plan ist dem Bundeskanzler bereits am 21. März 1951 überreicht worden. Es wäre daher keine Übereilung gewesen, wenn Herr Dr. Adenauer am 18. November seinen Zuhörern in Hannover mitgeteilt hätte, wie sich die Bundesregierung zu den Vorschlägen des Sonne-Plans stellt und was sie zu dessen Verwirklichung ihrerseits beizutragen gedenkt.

Leider wird an solchen Schicksalsfragen immer wieder vorbeigeredet, weil es auch den großen Organisationen der Vertriebenen an einer entsprechenden wirtschaftspolitischen Konzeption fehlt. Während über den Lastenausgleich in zahllosen Marschkundgebungen und in den Bonner gesetzgebenden Körperschaften geredet wurde, ist ohne viel Geschrei über die Anlage von 60 Milliarden M Investitionsmitteln aus den Erträgen unserer Volkswirtschaft entschieden worden. Die Privatwirtschaft allein hat nach den Feststellungen von Mr. Sonne 30 Mrd. M auf dem Wege der "Selbstfinanzierung" investiert, d. h. sie in Wege von Steuerabzügen in die eigenen Taschen fließen lassen. Statt solche Grundsatzfragen anzupacken, hat es Dr. Kather auf der ZvD-Tagung in Hannover für richtiger gefunden, seine Kanonenschläude gegen das Hauptamt für Sofort-Hilfe zu richten und aus reinen Sachproblemen ein Politikum zu machen. Kathers Behauptung, es sei eine "Zweckentfremdung" von Soforthilfe-Mitteln, wenn Kredite zur Arbeitsbeschaffung für Vertriebene auch ausnahmsweise an verlagerte ostzonale Betriebe gegeben werden, könnte übrigens keiner sachlichen Nachprüfung standhalten. Es wäre ein Hohn auf jede soziale Gerechtigkeit, rund 100000 arbeitslose Vertriebene solange zur Arbeitslosigkeit verdammen zu wollen, bis sie von reinen Flüchtlingsbetrieben absorbiert werden können.

Der Sonne-Plan hat den Weg gezeigt, auf dem alle Kräfte vorstoßen müssen, die es nicht nur mit den Heimatvertriebenen, sondern auch mit der sozialen Fundamentierung der deutschen Demokratie ehrlich meinen. Die Gründung des Bundes der vertriebenen Deutschen wäre eine Fehllenkung des Selbstbehauptungswillens von Millionen notleidender Menschen, wenn sie nur dem Zwecke dienen sollte, die Sache der Vertriebenen mit der antisozialen Bonner Wirtschaftspolitik zu verkoppeln.

Hochwasser und Politik

v. sch. - Rom, Ende November

Den italienischen Kommunisten blieb es vorbehalten, aus dem namenlosen Leid, das die Bewohner der Poebene durch die Überschwemmungen erlitten und erleiden, politisches Kapital zu schlagen. Sie haben nämlich die Regierung aufgefordert, die Konferenz der Nordatlantikpakt-Mächte, die in diesen Tagen in Rom stattfindet, abzusagen. In einer solchen Zeit der nationalen Trauer, so erklärten ihre Sprecher, gelte es, Solidarität und Einigkeit zu demonstrieren und alles zu vermeiden, was neue Zwietracht im Volke verursachen könne. Die Konferenz der westlichen Staatsmänner und Heerführer in Rom diene der Kriegsvorbereitung, während das italienische Volk nur den Frieden wünsche, in der jetzigen Notlage mehr denn je.

Die Kommunisten hatten schon vorher großsprecherisch gedroht, durch Kundgebungen, Streiks und Unruhen in Rom, die Konferenz zu stören oder gar zu verhindern. Aber sie wußten genau, daß solche Versuche kläglich scheitern würden. Das hatte bereits vor einigen Monaten der totale Fehlschlag ihrer angekündigten Demonstrationen beim ersten Besuch Eisenhowers in Rom bewiesen. Deshalb hatten sie sich allmählich umgestellt auf eine bloße neue Unterschriftensammlung für die Kominform-Petition zugunsten einer Zusammenkunft der "Großen Fünf". Und schließlich kam ihnen die Hochwasserkatastrophe im Norden gerade recht, um dieses neue, ebenso plumpe wie heuchlerische Manöver vom Stapel zu lassen.

Ganz abgesehen davon, daß eine solche Absage der Konferenz technisch gar nicht mehr möglich gewesen wäre - denn die meisten militärischen Führer waren zu den technischen Vorbesprechungen bereits eingetroffen oder unterwegs - die nicht-kommunistische öffentliche Meinung Italiens hat diesen Versuch mit Verachtung beiseitegeschoben. Auch die sonstigen Bemühungen der Moskau-Agenten, die Regierung für das Unglück verantwortlich zu machen und ihre wahrhaftig großzügigen Hilfsaktionen zu bagatellisieren, erregte in den weitesten Schichten des Volkes nur Abscheu und Verachtung. Es ist dabei viel beachtet worden, daß der den Kommunisten so nahestehende linksozialistische Führer Pietro Nenni sich in einer kurzen und würdigen Debatte in der Deputiertenkammer von der kommunistischen Demagogie deutlich

distanziert hat. Der Ministerpräsident de Gasperi hat Nennis vornehme Sprache sofort mit Gemugtung unterstrichen. Manche haben daraus sogar weitgehende politische Schlußfolgerungen gezogen und darin den Beginn eines Abrückens Nennis und seiner Partei von den Kommunisten erblicken wollen.

Aber die Sprache des "Avanti" hat bereits nach vierundzwanzig Stunden diese Illusionen gründlich zerstört. Dieses Zentralorgan der Nenni-Partei hat ebenso demagogisch wie die kommunistische "Unita" die Regierung angeklagt, daß sie Milliarden für die von den "amerikanischen Kriegstreibern" geforderten Rüstungen in einem Augenblick ausgabe, wo Hunderttausende von Hochwasserküpfen bitterste Not leiden. Die versöhnlichen Töne Pietro Nennis waren also lediglich eine "Entgleisung". Nenni hat sich und seine Partei dem Kommunismus so restlos verschrieben, daß seine gelegentlichen, rein persönlichen Anwandlungen von Anstand und Vornehmheit leider keine nachhaltige politische Bedeutung beizumessen ist.

+ + +

H i t l e r - E p i g o n e n u n t e r s i c h

Der berühmte günstige Wind hat uns Tagebuchaufzeichnungen des Abgeordneten G. auf den Redaktionstisch geweht. Sie sind zwar dreiviertel Jahre alt, die Verbotsklage gegen die SRP macht sie aber wieder hochaktuell, auch scheinen sie uns atmosphärisch recht interessant zu sein. Der Autor sagt zu Beginn, er wolle versuchen, "den gestrigen Abend in einem kleinen Feuilleton zusammenzufassen".

"Wir - der persönliche Referent des Bundesverkehrsministers Dr. T u s c h , Bundestagsabgeordneter Dr. O t t , ich, sowie unsere Begleitung sind pünktlich am Kölner Hauptbahnhof. Mit einstündiger Verspätung trifft D o r l s ein. Neben ihm, unauffällig und ruhig, R e m e r . Dorls erste Frage ist nach seiner Sekretärin, der Diplom-Volkswirtin Frau M u c k e r t . Er scheint sie schwer zu vermissen, ist jedoch beruhigt, als wir sie in der Schalterhalle treffen. Dann gehen wir alle in das Hotel Exelsior. Tusch ist ungehalten, weil er dem feudalen Hotel eine verschwiegene Vorortkneipe vorziehen würde. Er befürchtet neugierige Augen.

" D o r l s , der Wilderer "

Wenige Minuten später sitzen sechs Personen um den grünbeztgenen Konferenztisch eines mittelgroßen Klubraumes im Erdgeschoß. Drei Kellner haben in Sekundenschnelle eine gedeckte Tafel gezaubert und sind

verärgert, daß sie Silber und Porzellan sogleich wieder wegräumen dürfen. Mit Ausnahme Remers und Dorls' verzichtet man auf das Essen.

Dorls, an der Breitseite neben seinem Schatten Muckert sitzend, ergreift sogleich das Wort. Frau Muckert hängt an seinem Munde, als gelte es die Offenbarung Messias zu hören. Nervös und fahrig, in dunkelbraunen Cord gekleidet, hat Dorls das Gehaben eines literarischen Revolutionärs. Weit streckt er die Hände mit gespreizten Fingern auf die Tischplatte, wenn er sie nicht gerade zur Gestikulation benötigt. An seiner Linken glänzt ein goldener Chronometer, an der Rechten ein überschwerer riesiger Siegelring mit einem gezackten weißen Stern auf blaßblauem Email. Ohne Auftakt, ohne Überleitung nimmt er in abgehackten Sätzen zur sechsten durchgestandenen Wahl in Niedersachsen Stellung. Er weiß, daß man sich mit dem Gedanken trägt, die SRP zu verbieten. Der Wahlerfolg ist ihm aber zu Kopfe gestiegen und es hat den Anschein, als ob er Maßstäbe nicht mehr anwenden kann. "Wenn sie uns verbieten, gehen wir in die Gefängnisse. Ein Jahr, zwei Jahre, drei Jahre, das spielt keine Rolle. Wenn wir herauskommen, ist die Zeit reif!" Seine Stimme schwillt an und übertönt die Musik, die aus dem Nebenzimmer in den Raum dringt. Frau Muckerts Augen starren hingerissen. Auch Dr. Ott kann sich dem Banne Dorls nicht entziehen.

R o m a n t i k o h n e K o n z e p t i o n

"Das ist großartig, das imponiert mir", hört man ihn begeistert murmeln. Der kleine Mann wächst über die Größe seines Stuhles hinaus. Tusch beobachtet prüfend die Szene, schiebt bisweilen eine Frage ein. Remer schweigt vorerst und beschäftigt sich mit seinem Fleisch. Geist unruhig, wird dann ärgerlich. Mit schlecht verhehltem Grimm leert er sein Bierglas. Er ist gekommen, um die Grundsätze zu erfahren, nach denen die SRP zu arbeiten gedenkt. Er möchte eine klare Konzeption. Und was er hört, ist Wild-West-Kolportage. Er führt einen ironischen Seitenhieb nach Dr. Ott, dessen Begeisterung ihn noch ärgerlicher macht.

"Das ist vielleicht recht männlich, sicherlich sehr interessant und zweifellos sehr romantisch, aber keine Konzeption nach der man arbeiten kann", wirft er in die Debatte.

"Herr G. scheint anderer Meinung zu sein", souffliert Frau Muckert ihrem Gebieter; der aber sitzt auf dem Wolkenhron eines imaginären Reiches, sein hoher Gedankenflug läßt sich noch nicht zur Erde zwingen.

Ich bin aus einer Wildererfamilie, in jeder Generation hat einer von uns einen umgebracht. Wenn man die SRP verbietet, bin ich wieder Wilderer!" tönt es aus seinem Munde. Und gleich darauf stoßen seine gespreizten Finger in die Luft, als wolle er einen unsichtbaren Gegner erwürgen. Er redet sich immer weiter in Feuer. G. wirft ein, man solle sich lieber darüber unterhalten, was die SRP konkret zu tun gedenke, wenn das erwartete Verbot komme. Es müsse eine Auffanglinie gebildet werden, man müsse die Demokratie mit ihren eigenen Mitteln schlagen und vorsorglich eine andere Organisation schaffen, die die Möglichkeit zur Weiterarbeit bietet. Er habe keine Lust, im Gefängnis abzuwarten, bis sich die Zeit erfülle. Mit der sogenannten Treue der

Menschen habe es weit weniger auf sich, als Dorls meine. Statt Romantik bedürfe die Lage eines nüchternen Kalküls.

Dorls geistiges Auge mustert seine Sturmkolonnen. Der Miniatur-Cäsar schiebt alles beiseits, was ihm nicht paßt: "Wenn wir ausfallen, dann kommt die zweite Garnitur. Wir werden in den eigenen Reihen säubern. Es werden kaum zehn Prozent sein, die daran glauben müssen. Und wenn sie es wagen uns zu verbieten, dann garantiere ich: Keiner kommt nach Niedersachsen hinein und keiner kommt heraus, wenn wir es nicht wollen! Dann werden wir die anderen umlegen!" Säubern und umlegen sind Ausdrücke, an denen Herr Dorls offensichtlich Freude hat. Immerhin, der Mann hat etwas Faszinierendes in seinem blinden Fanatismus. Man kann sich gut vorstellen, wie er auf eine brodelnde Versammlung wirkt, wie er ihren Widerspruch geschickt herausfordert, und sie mit weitausholenden Armabewegungen und einigen Schlagworten, mit mächtiger Stimme in seinen Bann zieht.

R e m e r s "geistiges Feldwebel-Format"

G. hat es aufgegeben. Er wendet sich seinem Nachbarn Remer zu und zieht ihn in ein Gespräch. "Ich nehme", so beginnt G., "Dorls diese romantischen Ansichten übel, denn er nimmt doch für sich in Anspruch, auch der geistige Führer der SRP zu sein. Ihnen würde ich so etwas kaum verübeln, weil ich bei Ihnen ein ganz gewisses und zwar beschränktes geistiges Maß voraussetze". Er will konventionell die Brutalität seiner Worte abschwächen und fügt ein, daß man ihn so nehmen müsse, wie er ist. Er pflege stets offen und deutlich zu sprechen, weil er glaube, das sei letzten Endes doch die beste Möglichkeit sich zu verständigen. "Ich halte", fährt G. fort, "Sie für den Typ eines Feldwebels. Sie haben sich bis zum Major emporgedient durch eine Tat, die man billigen oder ablehnen kann. Sie sind zum General avanciert. Ihr geistiges Format ist aber das eines Feldwebels geblieben und das ist wirklich keine Schande. Wir brauchen solche Menschen. Aber es ist unerlässlich, daß man seine eigene Grenze kennt".

Remer nimmt diese Bemerkung hin, zeigt nicht, ob er sich dadurch verletzt fühlt und bleibt ein angenehmer Gesprächspartner. Hin und wieder verfällt er in die Dialektik des Wahlkampfes. 20 Pfund hat er abgenommen. Dennoch zeigt er keine Anzeichen des Abgewirtschaftetseins. Er ist zweifellos ein zäher Bursche. Nach ein paar Stunden verläßt das Gespräch. Man gähnt und langweilt sich. Nur Dorls hat seine Vitalität nicht eingebüßt. Er redet unaufhörlich. In drei Autos wird die Heimfahrt angetreten. Tusch und G. unterhalten sich noch im Wagen. Wer ist Dorls? Ein Psychopath oder nur ein Fanatiker? Wo führt die Straße hin, die sie gehen? Ob sie es selbst wohl wissen?"

+ + +

B e r i c h t i g u n g :

In unserem Beitrag "Kopfschmerzen der Chemie-Arbeiter" vom 23.11. (2/VI/272) ist uns ein Hörfehler unterlaufen. Nicht die Behring-Werke, Berlin, sondern die SCHERING-Werke bemühen sich um Verlagerung. Außerdem ist Dormagen ein selbständiger Komplex, der in diesem Zusammenhange zu Unrecht erwähnt wurde.

Wir bedauern das Versehen und bitten um Berichtigung.

D.Red.

Nachrichten aus der SowjetzoneDas Ostbüro der SPD teilt mit:

Aus dem Ministerium für Handel und Versorgung in der Sowjetzone wurde bekannt, daß mit einer Aufhebung der Rationierung von Lebensmitteln in nächster Zukunft nicht zu rechnen ist. Das Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf hat Weisungen der sowjetischen Besatzungsmacht erhalten, in allen Ländern der Sowjetzone Lagerhallen zu errichten, die ein Fassungsvermögen von je 2000 t besitzen. Die Kosten pro Halle werden mit rund 200000 DM angegeben. Von der Ernte 1952 sollen größere Mengen, vor allem Getreide, als Reserve eingelagert werden. Aus den baulichen Anlagen kann angenommen werden, daß auch Reserven anderer, noch rationierter Lebensmittel gebildet werden sollen.

x

Im Schloß Niederschönhausen, dem Amtssitz des Präsidenten der DDR, wurden im Laufe des Jahres 1951 bauliche Veränderungen in Höhe von 3,5 Mio. DM vorgenommen. Für das Jahr 1952 sind Ausgaben in Höhe von zwei Mio. DM für denselben Zweck geplant.

x

Die Angestellten des Verlages "Volk und Wissen" in Leipzig haben durch die BGL einen Sonderdruck der "Leipziger Volkszeitung" mit dem Angebot Grotewchls zu freien Wahlen, westdeutsche Adressen und Richtlinien für einen "Aufklärungsbrief" erhalten. Der selbst verfaßte Brief mußte konvertiert und frankiert offen bei der BGL abgegeben werden, die nach der Kontrolle des Inhalts den Versand der Briefe nach Westdeutschland vornahm.

x

Auf dem Magdeburger Hauptbahnhof wird der Bahnsteig 5, auf dem die Interzonenzüge einlaufen, durch Angehörige der Bahnpolizei abgesperrt, die darauf zu achten haben, daß nur Besitzer von Interzonenpässen den Bahnsteig betreten. In Magdeburg aussteigende Interzonenreisende haben sich einer besonderen Ausweiskontrolle zu unterziehen. Der Fahrdienst hat Anweisung erhalten, daß gleichzeitig andere Züge auf dem Bahnsteig 5 nicht abgefertigt werden dürfen.

x

In Sachsen-Anhalt wurde nach der Übernahme der Sozialversicherung durch den FDGB am 1. Oktober 1951 ein sogenannter Versicherten ausweis eingeführt. Der Versicherten ausweis wurde nur für "Werk-tätige" ausgestellt. Der Ausweis galt als "Gesundheitspaß", und zwar nur für den Besuch von Polikliniken und Landambulatorien und nur ausnahmsweise, unter besonderen Umständen, für frei praktizierende Ärzte. Sowohl in der Mitgliedschaft, wie in Kreisen der Ärzte wurde gegen den Ausweis Sturm gelaufen. Die Versicherten wehrten sich gegen die damit verbundene Kontrolle, während die Ärzte in der Pflicht zur Eintragung jeder Diagnose in den Ausweis einen Verstoß gegen die ärztliche Schweigepflicht sahen. Die SVA Sachsen-Anhalt mußte jetzt auf Anweisung des SVA-Zentralrats die Versicherten ausweise einziehen, und zum Krankenscheinsystem zurückkehren.

Verantwortlich: Peter Raunau